

Where are Liberia's missing millions?

Im 19. Jhd. setzten sich im Rahmen der Massnahmen gegen die Sklaverei US-amerikanische Kolonisierungsgesellschaften an diesem Teil der Küste fest. Liberia wurde faktisch eine Kolonie der USA, die das Land über die *American Colonization Society verwalteten*. Zwischen 1838 und 1847 entstand ein formal souveräner Staat, der mit ökonomischen Mitteln (Verschuldung) durch den Norden, vor allem die USA, kontrolliert wurde. Die Verantwortung für die Kolonisierung der einheimischen Bevölkerung überliessen die Gründer den angesiedelten früheren Sklaven.

Im Rahmen der imperialen Aufteilung Afrikas verschoben sich bis 1911 die Grenzen des Staates immer weiter zu Ungunsten Liberias.

Aus den amerikanischen *colonies* wurde ein Staat nach US-amerikanischem Vorbild, den Politiker aus der angesiedelten Küstenbevölkerung autoritär regierten. Die Gesellschaft war durch einen extremen Dualismus – Americo-Liberianer vs. Afrikaner sowie Küstenzone vs. Hinterland – geprägt, doch waren beide Teile der Gesellschaft weder homogen noch undurchdringbar. Es entstand eine Art „Siedlerneokolonie“, deren Struktur bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg relativ statisch erhalten blieb.

Liberia war von Anfang an durch die Exportorientierung und die eher prekäre Selbstversorgung in die internationale Wirtschaft eingebunden, wobei das Hinterland gegenüber der modernen Wirtschaft eine unterstützende Funktion hatte. Das recht erfolgreiche einheimische Kapital verlor im 20. Jhd. gegenüber Handelsfirmen und libanesischen Händlern immer mehr an Boden. Ab 1926 war es vor allem Firestone, das über die Kautschukproduktion Wirtschaft und Politik kontrollierte. Liberia blieb bis in die 1950er Jahre von Firestone abhängig („*Firestone-country*“). Während die anderen Exportprodukte (Kaffee, Piassava, Palmkerne) nach der Weltwirtschaftskrise einen stetig geringeren Anteil an den Ausfuhren hatten, wuchs der Anteil von Kautschuk mengen- wie wertmässig.

Nach dem Zweiten Weltkrieg: bezog Präsident William Tubman die einheimischen Eliten mittels eine „*Unification policy*“ in die Sicherung seiner politischen Herrschaft ein. Statt der Americo-Liberianer kontrollierte nun eine „Freibeuterbourgeoisie“ aus beiden Teilen der Bevölkerung das Land.

Liberia konnte nach dem Zweiten Weltkrieg zwar seine Schulden bei Firestone abbezahlen; amerikanisches Kapital blieb dennoch dominierend - jetzt allerdings in der Nutzung von Eisenerz und Diamanten. Der Staat erledigte im Auftrag des fremden Kapitals den Ausbau der Infrastruktur und die Disziplinierung der Arbeitskräfte.

Korruption und Ausgrenzung der breiten Bevölkerung durch die Staatsklasse und das fremde Kapital, Verteuerung der Lebensmittel (Grundnahrungsmittel Reis) und Entfremdung von den USA führten zum Zusammenbruch der Regierung der *True Whig Party*, die seit den 1860er Jahren durchgehend an der Macht gewesen war. Tubmans Nachfolger Tolbert wurde durch junge Militärs gestürzt und während des Putsches erschossen.

Die Militärregierung unter Master Sergeant Samuel Doe setzte die Politik der vorangegangenen Regierung fort, erwies sich jedoch als inkompetent und innere Auseinandersetzungen schwächten immer mehr die Macht der Militärführung.

Im Sommer 1990 wurde aus dem Aufstand verschiedener Rebellengruppen ein Bürgerkrieg. Die Rebellenführer Charles Taylor und Prince Yeduo (Yormie) Johnson - beide frühere Angehörige der liberianischen Streitkräfte - kontrollierten mit ihren Söldnern grosse Teile des Landes. Die USA beschränkten sich auf die Evakuierung ihrer eigenen Staatsangehörigen und überliessen die Intervention einer

„Friedenstruppe“ der westafrikanischen Staatengemeinschaft ECOWAS (*ECOMOG*) unter nigerianischer Führung. Im Frühjahr 1995 teilten sich acht unterschiedliche Gruppen die Herrschaft im Land, dazu kamen die ECOMOG-Truppen, die UNO sowie die verschiedenen Repräsentanten der USA und der Nachbarstaaten. Liberia versank in Anarchie und erst das Einlenken der „Hintermänner“ des Bürgerkriegs führte 1997 zu Wahlen, die Taylor für sich entschied, und zu einer oberflächlichen Beruhigung.

Während sich die neuen Machthaber um Taylor auf die Hauptstadt und die Minengebiete konzentrierten, gingen im Norden die Kämpfe weiter. 2001 kamen die Rebellen bis auf 100 km an Monrovia heran. Internationale Sanktionen gegen liberianische Exporte - vor allem Holz und Diamanten - hatten einen deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung zur Folge.

Nach langen Verhandlungen musste Taylor schliesslich Ende August 2003 das Land Richtung Nigeria verlassen. Verhaftet und dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag überstellt, wurde er wegen Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen 2012 zu 50 Jahren Haft verurteilt, die er in Grossbritannien absitzt. Am 30. Mai 2012 wurde das Strafmaß auf 50 Jahre festgesetzt.

Eine Übergangsregierung wurde eingerichtet und die UNO-Mission begann mit der Entwaffnung der etwa 60.000 Rebellen im Land. In den Wahlen von 2005 gewann Ellen Johnson-Sirleaf sehr deutlich. Vor allem während ihrer ersten Präsidentschaft erholte sich das Land mit internationaler Unterstützung und verzeichnete Wachstumsraten zwischen 5% und 8%. Nach ihrer Wiederwahl 2011 verschlechterte sich die Entwicklung: Schlechtes wirtschaftliches Management, Korruption und die Ebola-Epidemie brachten erneut Krisen.

2017 gewannen George Weah und Jewel Howard Taylor, ex-Gattin von Charles Taylor, Präsidentschaft und den Posten der Vizepräsidentin. Proteste, Gewalt von Seiten der Regierung und Unterdrückung von Medien zeigten, dass die Bevölkerung trotz relativ guter Wirtschaftsentwicklung unzufrieden war. BBC berichtete am 9. Juni 2019: *„Liberians are angry about the apparent disappearance of state funds - and are planning a protest march on Friday to demand answers.“* Der Grund war, dass frisch gedrucktes Bargeld (15,5 Mrd. liberianische Dollar = 104 Mio. US-\$) verschwunden waren. Von 1.000 Häftlingen im Gefängnis der Hauptstadt war rund die Hälfte ohne Gerichtsverhandlung eingesperrt.

Angesichts der bevorstehenden Wahlen (10.10.2023), zu denen Weah und Taylor erneut antreten werden, kommt von Seiten der Konkurrenten, auch aus der Regierungskoalition, heftige Kritik. Vor allem wird dem Staatschef vorgeworfen, er hätte, entgegen seinen Wahlversprechen, nichts gegen Korruption getan.